

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkontos: Dresden 1330
Girokonto Riesa Nr. 22

Nr. 201.

Donnerstag, 28. August 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Fettschriftzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufsatz, Festsätze, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Die Stunde der Entscheidung.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In dem Augenblick, wo die entscheidende Abstimmung über Annahme oder Ablehnung der Londoner Vereinbarungen im Reichstag vor sich geht, ist es von größter Wichtigkeit, alle Eindrücke festzuhalten, die man als scharfer Beobachter aus dem Hin und Her der parlamentarischen Hochspannung empfängt. Im Mittelpunkt stehen die Deutschnationalen. Es geht außer Zweifel, daß sie entschlossen sind, abzulehnen. Wichtige Verhandlungen sind hinter den Kulissen geführt worden, bei denen nicht nur Kompromißformeln aufgestellt wurden, sondern auch Probleme, wie die Umbildung der Reichsregierung und die Einführung eines Reichsstaates im Reich und Preußen wurde eingehend erörtert. Nur wenige eingeweihte Persönlichkeiten wissen, was in den letzten 48 Stunden hinter verschlossenen Türen vor sich gegangen ist. Nur das eine ist festzustellen: Die Deutschnationalen sind bei der Ablehnung geblieben.

In den parlamentarischen Kreisen hat man den Eindruck, daß sich die deutschnationalen Reichstagsfraktion in einer sehr schwierigen Zwangslage befindet hat. Sie konnte unmöglich die Zustimmung ihrer Wählermassen unberücksichtigt lassen, die nun einmal gegen die Annahme der Londoner Abmachungen zu sein scheinen. Außerdem hat sich die deutschnationalen Reichstagsfraktion von Anfang an festgelegt, und es konnte sich bei den Verhandlungen einzig und allein darum handeln, eine parlamentarische Formel zu finden, die den Deutschnationalen die Zustimmung zu den Ausführgesetzen ermöglichte. Eine solche Zustimmung kommt ja auch ohne weiteres für diejenigen deutschnationalen Abgeordneten in Frage, die trotz schwerer Bedenken gegen die Londoner Abmachungen der Meinung sind, daß die Verantwortung für eine Ablehnung nicht übernommen werden könne. Die Hauptfrage ist aber die, ob die Stimmen ausreichen, um die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit für die Ausführungsgesetze zu ermöglichen.

Die Wirtschaftspartei will sich als rettender Engel aufspielen. Sie hat den Antrag eingebracht, einfach des Eisenbahngesetzes abzuhelfen, damit es mit einfacher Mehrheit angenommen werden kann. Hier ist tatsächlich ein Ausweg zum Kompromiß. Die Regierung wünscht ihn nicht zu beschreiten und die parlamentarischen Parteien haben bis zum letzten Augenblick heftig darum gekämpft, ob man auf diese Weise mit der Verfassung Verstoß treiben darf. Wenn deutschen Reichstag ist aber alles möglich, wenn es sich darum handelt, um die Sache Verantwortung herum zu kommen. Allerdings muß bemerkt werden, daß die Entscheidung über die Londoner Abmachungen schicksalsschwer genug ist, um manchen fähigen parlamentarischen Streich zu rechtfertigen. Es bleibt aber letzter Endes nichts anderes übrig, als ein lebenswichtiges harmloses Blindenführer, aber es auf die Reichstagsauflösung ankommen zu lassen. Wenn auch sonst im Reichstag sehr viel zu wünschen übrig bleibt, so muß man doch anerkennen, daß die parlamentarische Regie auch den höchsten Anforderungen gewachsen ist und sich Dinge leistet, die man noch fünf Minuten vorher für ganz unmöglich gehalten hätte. Darüber aber dürfte sich wohl jeder ernsthafte Politiker klar sein, daß eine wirkliche Klärung der politischen Lage in Deutschland unmöglich sein wird, wenn derartige Mittel dazu dienen sollten, der klaren Verantwortung auszuweichen. Die Auflösung des Reichstages kommt den meisten Parteien nicht erwünscht. Darum auch die verzweifeltesten Versuche, die rettende Formel zu finden. Die Deutsche Volkspartei hatte sich bereit erklärt, sofort nach der Verabschiedung der Londoner Abmachungen die Verhandlungen zu erneuern, um die Einigung der Deutschnationalen zur Reichsregierung zu ermöglichen. Dadurch würde dem deutschen Volk ein neuer Wahlkampf erspart, dadurch würde die innenpolitische Lage auf lange Zeit hinaus geklärt, da mit Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung die Mehrheitsfrage im Reichstag gelöst sein würde. Die parlamentarische Regie hat sich sorgfältig vorbereitet, verzweifelte Stimmen können den Ausschlag geben!

Die erste Probefahrt des Amerika-Zepplins befriedigend verlaufen.

Friedrichshafen. Das neue Amerika-Zepplin 3. H. 3 wurde gestern nachmittags kurz nach 3 1/2 Uhr aus der Halle gezogen und von etwa 100 Arbeitern durch Seile gehalten. Um 3 Uhr 45 Min. stieg es zu seiner ersten Fahrt, einer sogenannten Werksfahrtenfahrt, auf. Die Führung hatte Dr. Eckener. Um 5 Uhr 45 Min. ist das Zepplin in die Halle zurückgeführt. Das Wetter war regnerisch und kühl. Über die Werksfahrtenfahrt des Amerika-Zepplins 3. H. 3 wird noch mitgeteilt, daß sie sich über das ganze Gelände auf der deutschen Seite des Bodensees erstreckte und vor allem der Erprobung der Motore, der Fahrgeschwindigkeit, sowie der Tragfähigkeit, Manövrierfähigkeit und Vermessungstätigkeit diente. Das Schiff bewegte sich im allgemeinen in einer Höhe von 400 Meter. Trotz des regnerischen und bligen Wetters verlief die Fahrt in allen Teilen zur vollen Zufriedenheit der Leitung.

Getreideausfuhrverbot in Polen.

Warschau. Die Regierung hat, um der fortschreitenden Leerung in Polen entgegenzuwirken, den Beschluß gefaßt, die Ausfuhr von Getreide aus Polen vollständig zu verbieten. Gleichzeitig soll eine Kreditaktion eingeleitet werden, durch die ein weiteres Ansteigen der Preise für Getreide und Brot verhindert werden soll.

Ministerreden vor der Abstimmung.

Fortsetzung der dritten Beratung.

Die heutige Reichstagsitzung.

(Funkprotokollmeldung.)

berlin, 28. August, 10 Uhr vorm.

Vizepräsident Dr. Nieber redet bei Eröffnung der Sitzung des 175. Geburtstages Goethes.

Ohne Debatte werden hierauf die Anträge auf Amnestierung der politischen Gefangenen dem Rechtsausschuß überwiesen.

Angenommen werden das Haager Abkommen über internationales Privatrecht, die Vorlage zur Verlängerung des vorläufigen deutsch-spanischen Handelsabkommens und ein Ermächtigungsgesetz, wonach die Regierung die Seeleute in die Erwerbslosenfürsorge einbeziehen kann. Von den Mittelparteien ist ein Antrag eingebracht worden, wonach die Reichstagsabgeordneten auch nach der Reichstagsauflösung bis 8 Tage nach den Wahlen die Freiheitsrechte behalten sollen.

Die Abg. von Gräfe (Nat.-Soz.) und Runse (Deutschsoz.) bekämpfen die Vorlage. Die Mitglieder des Reichstages seien nach der Auflösung einfache Bürger wie alle übrigen. Sie hätten kein Recht, sich auf Kosten der Steuerzahler für diese Welt besondere materielle Vorteile zu verschaffen. Der Antrag wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Die sofortige Vornahme der dritten Lesung scheitert an dem Einspruch des Abg. von Gräfe (Nat.-Soz.).

Nach debatteloser Erledigung kleinerer Vorlagen wird in die dritte Beratung der Gutachtengesetze eingetreten.

Abg. Dr. Cuno (Nat.) erklärt, die Deutschnationalen gingen in die dritte Lesung und in die entscheidende Abstimmung hinein mit einem tiefen Gefühl der Enttäuschung und Bitterkeit. Es scheint tatsächlich, als ob auf deutschem Boden und auf deutsche Kosten der Kampf zwischen den feindlichen Prinzipien Moskau und London ausgetragen werden soll. Die Argumente der Kommunisten gegen das Dawes-Gutachten sind durchaus richtig, aber sie entbehren nicht des deutschen Geistes, sondern den Direktiven von Moskau. Die Sozialdemokraten kämpfen dagegen unter dem Banner von London. Das Dawes-Gutachten ist bei seinem Erscheinen in Deutschland auch von amtlichen Stellen in einer Weise begrüßt worden, die tatsächlich von vorneherein die deutschen Unterhändler in eine sehr schwierige Situation brachte. In der Tonart der französischen Regierung hören wir in der letzten Zeit allerdings einen etwas milderen Klang. Ein gewisser Anfang der Räumung ist auch zu beobachten oder wenigstens versprochen. Der Kampf der Rheinländer geht nicht um einige Tage oder Wochen früherer Räumung, sondern um den deutschen Charakter des Rheinlandes, das endlich ein Ende abgeben sein möchte des unwürdigen, unerhöht schmachtvollen Zustandes, das fremde Soldateska deutsches Kulturland jahrelang besetzt.

Der Redner begründete dann folgende Entschliebung seiner Freunde:

Die Reichsregierung hat unbeschadet ihrer Verpflichtungen alsbald durch weitere Verhandlungen eine Verabredung der im Dawesplan vorgesehenen Belastung zu erwirken (spätestens binnen zwei Jahren) von dem in Art. 234 des Versailler Vertrages begründeten Recht Deutschlands, eine Nachprüfung seiner Leistungsfähigkeit zu verlangen, Gebrauch zu machen zu dem Zwecke, eine der zwischenstaatlichen wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Deutschlands entsprechende Verabredung der Gesamtlasten des Dawesplanes herbeizuführen, b) im Zusammenhang damit im Weg der erforderlichen diplomatischen Verhandlungen mit allem Nachdruck darauf zu dringen, daß eine feste Grenze für die gesamte künftige Leistung Deutschlands vereinbart wird.

Ein weiterer Antrag der Deutschnationalen verlangt die Einfügung des folgenden § 3a in das Mantelgesetz über den Londoner Vertrag: Das Gesetz tritt nur in Kraft, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind: Nun folgen die Forderungen der deutschen Volkspartei mit nachstehender Ergänzung, daß durch feste Abmachungen in völkerrechtlich bindender Form die Sicherheit geschaffen ist, durch die Gebiete, die über die in Art. 428 des Vertrages von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus besetzt sind, spätestens bis zum 10. Januar 1925 geräumt werden, daß weiter die Auslegung dieses Abkommens der Vereinbarung mit Deutschland vorbehalten bleibt und daß diese Auslegung und die Handhabung des Abkommens unter eine wirksame Rechtskontrolle des Schiedsgerichts gestellt wird, das letztere nicht in Kraft tritt, solange nicht die Reichsregierung in einer amtlichen den alliierten Mächten abzugebenden Erklärung (Art. 231 des Versailler Vertrages über die Enttötung des Weltkrieges), die der damaligen deutschen Regierung abgezwungene Anerkennung der deutschen Schuld an den Krieg, die den geschichtlichen Tatsachen widerspricht, formell widerrufen wird. Der Redner wendet sich gegen die Regierungspolitik, die eine Politik der nationalen Schwäche sei und die geradezu eine Dawespropaganda gefordert habe. Die mit amtlichen Geldern erhaltene Zentrale für Deimatdienst hat in einer Druckchrift das Dawesgutachten als „Wort der Wirtschaft“ bezeichnet. (Hört, hört recht.)

Dr. Cuno bekämpft dann die einzelnen Teile der Gutachtengesetzgebung. Es sei eine nationale Schmach, daß Deutschland zur Begründung von landesverräterischen Separatisten gewonnen werde. Das Reichsbahnwesen schaffe eine Reichsbahn-Gesellschaft, die niemals als deutsches Unternehmen betrachtet werden kann. Die Deutschnationalen hätten keinen Grund, den Wahlkampf gegen das Dawesgutachten zu scheuen.

Abg. Zollmann (Soz.) betont die Notwendigkeit der Annahme des Dawesgutachtens im Interesse der Befriedung des Rheinlandes. Welcher andere Ausweg nach Ablehnung des Gutachtens vorhanden wäre, das haben uns die Deutschnationalen ebenfalls gesagt wie die Nationalsozialisten und Nationalkommunisten (Reiter). Was wollen die Deutschnationalen dann? (Abg. Dr. Cuno (Nat.): Lassen Sie uns in die Regierung kommen, dann werden wir es allen zeigen! (Hört, hört, links.) Ein nationaler Mann darf mit seiner nationalen Arbeit nicht warten, bis er Minister geworden ist. (Leb. Beifall links.) Die Deutschnationalen bringen mit ihrer auf reine Demagogie gestellten Haltung Deutschland in die Gefahr einer neuen Zerküpfung. Wenn die Gegner der Gutachtengesetze nicht binnen 24 Stunden zur Beilegung kommen, dann muß die Regierung an die Wähler appellieren. (Beifall.)

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erinnert an die furchtbare Lage der Wirtschaft vor der Luhrkraftsetzung des Achtstundentages-Gesetzes. Damals sei auch die Sozialdemokratie der Meinung gewesen, daß man mit der alten Arbeitszeit die Wirtschaft nicht aufrichten könne. Die jetzige Arbeitszeit sei auch nicht ideal und werde geändert werden.

Reichsanwältminister Dr. Stresemann äußert die jüngste Senatsrede, in der Poincaré sich gegen Herrriot und gegen die in London vereinbarte Räumung der Sanktionsgebiete gewandt habe. Noch immer stehe in Frankreich eine große Macht hinter Poincaré. Die Deutschen, die Poincarés Vernichtungswillen kennen, müßten doch etwas objektiver würdigen, was in London erreicht worden ist. (Beifall.) Das ist doch etwas anderes als die Tendenz Poincarés, die einfach lautet: Ich habe Deutschland in den Klauen und lasse es nicht wieder los! London hat nicht im Geist des Poincarismus gekandelt. Es geht aber die Gefahr, daß dieser Geist wieder zum Herrschenden in Europa werde, wenn durch Deutschlands Schuld die Verhandlungen scheitern. (Sehr richtig.) Ich sehe nicht, wie in diesem Falle der Frieden wieder angeknüpft werden kann, wenn wir nicht in irgend einer Form zur Verständigung kommen im Parlament oder im deutschen Volk. Ein Kompromiß, wie es in London geschlossen wurde, kann natürlich nicht alle Teile befriedigen, auch uns nicht.

Von amtlicher Seite ist das Dawes-Gutachten auch niemals als „Wirtschaftsbibel“ bezeichnet worden, das hat ein Verleger in einem geschmacklosen Inserat getan. Die Annahme des deutschnationalen Antrages, daß nach zwei Jahren eine Nachprüfung der deutschen Leistungsfähigkeit gefordert wird, wäre politisch unklug, denn die Bestimmungen des Londoner Vertrages sind günstiger für uns. Alle Völker werden erst aus der Durchführung des Londoner Vertrages Erfahrungen sammeln und wenn dann überall die Vernunft herrscht, werden nach den gesammelten Erfahrungen leicht die Bestimmungen geändert werden können. Deutschland hat doch ein Lebensinteresse daran, mitzuwirken bei der weltpolitischen Neuorientierung, die die Möglichkeit eines Nebeneinander abt gegenüber der Machtpolitik eines Poincaré, der wir nicht entgegenstellen konnten. Dieselben Kreise, die immer nach Führen rufen, dürfen der Regierung doch keinen Vorwurf machen, daß sie in dieser hochwichtigen Frage von sich aus das Volk über den Inhalt des Dawes-Gutachtens aufklärte angesichts des Herrbildes, das von den Gegnern verbreitet wurde.

Der Minister wendet sich dann gegen die Kritik des Abg. Dr. Cuno im einzelnen. Die deutsche Reichsbahn bleibt in der neuen Organisationsform tatsächlich durchaus in deutschen Händen. Das Gerücht ist falsch, daß am 10. Januar von der Entente geprüft werde, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe. Es ist auch unzutreffend, daß die deutsche Delegation in London irgendwelche handelspolitische Bindungen Frankreich gegenüber eingegangen sei. Der französische Sozialist Blum hat in seiner sonst ausgezeichneten Rede an einer Stelle gesagt, seine Partei sei immer für die Anbrennung eingetreten, aber wenn Herrriot sie sofort durchgeführt hätte, so wäre das ein Triumph der deutschen Nationalisten gewesen. Die deutschen Sozialdemokraten werden diesen Standpunkt ihrer französischen Parteifreunde sicher nicht teilen. (Zustimmung.) Poincaré hatte 1923 zugelegt, er werde 24 Stunden nach der Aufhebung des passiven Widerstandes über die Reparationsfrage mit Deutschland verhandeln. Als dann der Widerstand ausgegeben wurde, drückte sich Poincaré um die Erfüllung dieser Zusage herum, indem er dem passiven Widerstand eine ganz andere Auslegung gab und behauptete, er bestehe noch weiter.

Der Minister weist im Zusammenhang damit die Behauptung zurück, daß im Vorjahren das Reichskabinett an eine Lockerräumung des Rheinlandes gedacht habe. Der Weg von Versailles bis London habe eine starke Veränderung in der Einstellung der Welt zu Deutschland gebracht. Wenn wir den Weg in eine bessere Zukunft gehen wollen, dann dürfen wir uns nicht weigern, den Weg des Londoner Vertrages zu betreten. (Lebhaft. Beifall und vereinselt. Handklatschen.)